



Rund 15.000 Kinder ohne Schulzugang – was wie eine statistische Anomalie wirkt, ist im französischen Überseedepartement Mayotte Realität. Die Dimension dieser Zahl stellt nicht nur die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen infrage, sondern berührt den Kern des republikanischen Selbstverständnisses Frankreichs: Gleichheit, Bildung, Integration. Der frühere Bildungsminister Benoît Hamon sprach von einer „völlig absurden“ Situation und erhob den Vorwurf staatlicher Untätigkeit. Hinter dieser Diagnose verbirgt sich eine strukturelle Krise, die weit über das Bildungssystem hinausweist.

Demografischer Druck und strukturelle Überforderung

Mayotte ist das jüngste Département Frankreichs – nicht nur institutionell, sondern vor allem demografisch. Mit einer der höchsten Geburtenraten innerhalb der Republik wächst die Bevölkerung in einem Tempo, das staatliche Planung systematisch überfordert. Jährlich drängen Tausende Kinder zusätzlich in ein Bildungssystem, dessen Kapazitäten bereits seit Jahren erschöpft sind.

Die Folge ist ein improvisierter Schulbetrieb: Unterricht in Schichten, überfüllte Klassenräume, infrastrukturelle Provisorien. In der Hauptstadt Mamoudzou etwa sind Schulen häufig doppelt oder dreifach ausgelastet. Gebäude, die für wenige Hundert Schüler konzipiert wurden, beherbergen heute ein Vielfaches. Unterricht findet teilweise nur halbtags statt, wodurch sich die effektive Lernzeit drastisch reduziert.

Hinzu kommt ein chronischer Lehrermangel. Viele Pädagogen sind befristet angestellt, oft ohne langfristige Perspektive oder ausreichende Ausbildung für die spezifischen Herausforderungen vor Ort. Sprachbarrieren, soziale Spannungen und fehlende Ressourcen erschweren den Unterricht zusätzlich.

Migration als Verstärker der Krise

Die Bildungsproblematik lässt sich nicht isoliert betrachten. Sie ist eng verwoben mit der Migrationsdynamik im Indischen Ozean. Mayotte zieht seit Jahren Menschen aus den benachbarten Comores an, insbesondere von der Insel Anjouan. Die geographische Nähe, kombiniert mit dem deutlich höheren Lebensstandard unter französischer Verwaltung, macht das Département zu einem Ziel für Migration – oft unter prekären Bedingungen.

Ein erheblicher Teil der nicht eingeschulten Kinder stammt aus Familien ohne regulären



Aufenthaltsstatus. Formal garantiert das französische Recht allen Kindern Zugang zur Schule, unabhängig von ihrer Herkunft. In der Praxis jedoch führen bürokratische Hürden, fehlende Dokumente und die schlichte Überlastung der Institutionen dazu, dass dieser Anspruch vielfach unerfüllt bleibt.

Diese Diskrepanz zwischen rechtlichem Anspruch und administrativer Realität erzeugt ein Spannungsfeld, das sowohl politisch als auch gesellschaftlich hochsensibel ist. Während lokale Behörden auf Kapazitätsgrenzen verweisen, kritisieren Menschenrechtsorganisationen eine faktische Aushöhlung universeller Bildungsrechte.

Politische Verantwortung und strukturelles Versagen

Die Kritik von Benoît Hamon ist Ausdruck eines breiteren Unbehagens über die staatliche Steuerungsfähigkeit in Mayotte. Seit Jahren weisen Berichte staatlicher Kontrollinstanzen sowie unabhängiger Think-Tanks auf die absehbare Überlastung des Bildungssystems hin. Dennoch blieb eine kohärente, langfristige Strategie aus.

Stattdessen dominieren punktuelle Maßnahmen: temporäre Schulbauten, kurzfristige Personalaufstockungen, administrative Anpassungen. Diese Maßnahmen wirken eher symptomatisch als strukturell. Sie lindern akute Engpässe, adressieren jedoch nicht die zugrunde liegenden Ursachen.

Der Vorwurf, den Hamon erhebt, ist daher mehr als politische Rhetorik. Er verweist auf ein Governance-Problem: die Schwierigkeit des zentralstaatlichen Systems, auf periphere, hochdynamische Entwicklungen angemessen zu reagieren. Mayotte erscheint in dieser Perspektive als ein blinder Fleck staatlicher Planung.

Gesellschaftliche Folgen: Eine verlorene Generation?

Die langfristigen Konsequenzen dieser Entwicklung sind erheblich. Bildung ist nicht nur ein individuelles Gut, sondern eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Integration und wirtschaftliche Entwicklung. Eine Generation ohne ausreichenden Zugang zu schulischer Bildung riskiert dauerhafte Marginalisierung.

In Mayotte zeigt sich bereits heute ein erhöhtes Risiko sozialer Spannungen. Arbeitslosigkeit, informelle Siedlungen und ein angespanntes Sicherheitsumfeld prägen den Alltag vieler



junger Menschen. Ohne schulische Einbindung fehlen nicht nur Qualifikationen, sondern auch soziale Strukturen und Perspektiven.

Kriminologische Studien legen nahe, dass fehlende Bildungsintegration langfristig mit erhöhter Delinquenz korreliert. Gleichzeitig verstärkt sich das Gefühl staatlicher Abwesenheit – ein Faktor, der das Vertrauen in Institutionen untergräbt und politische Radikalisierung begünstigen kann.

Systemische Grenzen republikanischer Gleichheit

Der Fall Mayotte wirft grundlegende Fragen zur Funktionsweise des französischen Staatsmodells auf. Die Republik definiert sich über universelle Prinzipien: Gleichheit vor dem Gesetz, Zugang zu öffentlichen Gütern, territoriale Einheit. Doch diese Prinzipien stoßen an ihre Grenzen, wenn strukturelle Unterschiede zwischen Regionen zu groß werden.

Mayotte unterscheidet sich in nahezu allen sozioökonomischen Kennzahlen von der europäischen Metropole: Einkommen, Infrastruktur, Bildungsniveau. Die Anwendung identischer institutioneller Modelle führt unter solchen Bedingungen nicht automatisch zu gleichen Ergebnissen.

Vielmehr zeigt sich, dass Gleichheit nicht nur rechtlich garantiert, sondern auch materiell ermöglicht werden muss. Ohne massive Investitionen und angepasste politische Instrumente bleibt das republikanische Versprechen in peripheren Regionen unvollständig.

Zwischen kurzfristiger Hilfe und langfristiger Strategie

Die politische Herausforderung besteht darin, kurzfristige Entlastung mit langfristiger Planung zu verbinden. Der Bau neuer Schulen ist notwendig, reicht jedoch nicht aus. Ebenso wichtig sind Investitionen in Lehrerbildung, Sprachförderung und soziale Infrastruktur.

Gleichzeitig bleibt die Migrationsfrage zentral. Ohne eine kohärente Politik, die sowohl humanitäre Verpflichtungen als auch lokale Kapazitäten berücksichtigt, wird der Druck auf das Bildungssystem weiter steigen. Dies erfordert eine enge Abstimmung zwischen nationaler und europäischer Ebene – ein komplexes Unterfangen in einem politisch sensiblen Feld.



Mayotte am Limit: Wie ein französisches Département an der Schulfrage zu zerbrechen droht

Auch innovative Ansätze könnten eine Rolle spielen: digitale Bildungsangebote, Kooperationen mit internationalen Organisationen, flexible Schulmodelle. Doch all diese Maßnahmen setzen politischen Willen und administrative Effizienz voraus.

Mayotte steht exemplarisch für die Herausforderungen moderner Staatlichkeit unter Bedingungen globaler Mobilität und demografischer Dynamik. Die Bildungsfrage ist dabei nur ein besonders sichtbarer Ausdruck tiefer liegender struktureller Spannungen. Ob es gelingt, diese Spannungen zu bewältigen, wird nicht nur über die Zukunft des Département entscheiden, sondern auch über die Glaubwürdigkeit eines republikanischen Modells, das universelle Geltung beansprucht.

Andreas M. Brucker